

Hohe Belastung, zu wenig Personal: Kripo braucht Verbesserungen – jetzt!

Ladendiebstähle, Tankbetrug, BTM-Delikte und andere Straftaten: Von einem Kriminalkommissariat in einer großen NRW-Stadt wird beispielhaft berichtet, dass 25 Kolleginnen und Kollegen rund 25 000 Verfahren pro Jahr bearbeiten, im Schnitt 1 000 pro Kopf. Viele der Verfahren weisen keine Ermittlungsansätze auf, rechtsstaatlich korrekt müssen sie alle erledigt werden, Formalien inklusive. Zahlen, die schwindlig machen – Alltag für die Kolleginnen und Kollegen dort.

„Die Zustände in der Kripo sind besorgniserregend“, sagt der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Maatz. Die Arbeit wächst und wächst, ein extremer Vorgangsdruk belastet die Kripo-Beschäftigten. Es fehlt an Personal und Platz. Technik und Ausrüstung sind teilweise kompliziert und veraltet. Bei allem guten Willen: Der Frust ist mittlerweile enorm.

Vor allem, dass kaum noch junge Kolleginnen und Kollegen zu K wollen, muss als Alarmsignal gelten. Die Kripo braucht dringend Verbesserungen. Die GdP macht Druck. Zu Jahresbeginn 2022 hat sie ein viel beachtetes Positionspapier „Zukunft der Kriminalitätsbekämpfung“ vorgelegt. Es folgten viele Gespräche mit Vertretern von Politik und Innenministerium sowie im September ein zweitägiger Workshop mit Fachleuten aus ganz NRW.

Nun legt die GdP nach. Was ihren Ansatz von dem manch anderer unterscheidet: „Wir haben immer die Polizei als Ganzes im Blick“, erklärt Maatz. Für die GdP gilt

der Grundsatz: „Zusammen sind wir die Polizei.“ Die Lage bei der Kripo taugt nicht für Spalter-Tendenzen. Sie ist ernst und deshalb ist Sacharbeit gefragt. Genau da setzt jetzt ein neues GdP-Papier an, das die Workshop-Ergebnisse zusammenfasst und Handlungsbedarfe konkret benennt.

Beispiel Personal. Wer die Frau- und Mann-Stärke bei der Kripo wirklich verbessern will, muss an die BKV ran. Todesermittlungen, KiPO-Verfahren, Staatsschutzdelikte, Gefährderbeurteilungen, Vermisstensachen und Sondereinsätze müssen angemessen in der BKV berücksichtigt werden.

Wer die personelle Situation bei K nachhaltig verbessern will, muss aber auch anders auf den Nachwuchs zugehen. Im 3. Studienjahr müssen Kripo-Inhalte gestärkt werden. Neue Werbekanäle wie Instagram oder TikTok müssen stärker genutzt werden, um die Kripo etwa über die Darstellung von moderner Observationstechnik ansprechend zu präsentieren. Die Möglichkeit, nach dem Wach- und Wechseldienst-Jahr unmittelbar in die Direktion K zu wechseln, muss aufgezeigt werden.

Es gilt jedoch nicht nur, sich um junge Leute zu bemühen – sondern auch gute Leute zu halten, ihnen Perspektiven zu bieten. Dazu müssen Fachkarrieren durch das Bereitstellen von mehr Stellen A 12/A 13 gestärkt werden, auch ohne Führung. Was dazu im neuen NRW-Personaletat vorgesehen ist, kann allenfalls als notwendiger, aber zaghafter Anfang verstanden werden: „Hier muss viel mehr passieren“, drängt GdP-Vize Maatz.

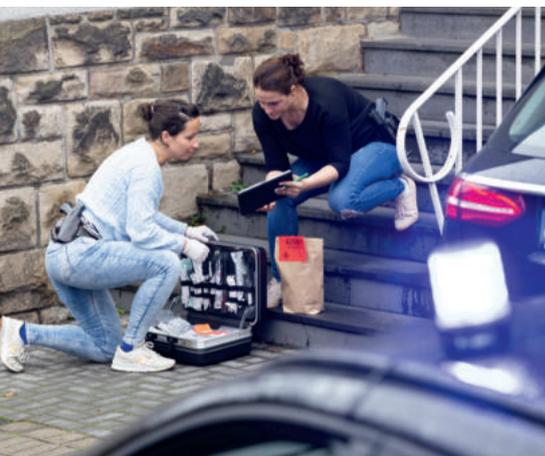
Gestärkt werden müssen ausdrücklich auch die Tarifbeschäftigten bei der Kripo.

Sie entlasten die Ermittlerinnen und Ermittler und sind ein „integraler Bestandteil einer funktionsfähigen Polizei“, wie es in dem neuen GdP-Papier heißt. Dazu müssen die Arbeit der Tarifbeschäftigten rechtssicher ausgestaltet und Kompetenzen verlässlich festgeschrieben werden.

Kein qualifiziertes Personal ohne Fortbildung – auch hier gibt es viel zu tun. Dass z. B. Kolleginnen und Kollegen Funktionen übernehmen und dann Monate oder gar Jahre auf die entsprechende Fachfortbildung warten und ihre neue Aufgabe so lange durch „Learning by Doing“ versehen – das ist ein Unding. Aus Sicht der GdP muss es einen Anspruch, jawohl: einen Anspruch auf Fortbildung mit Übernahme der Funktion geben.

Groß ist der Handlungsbedarf ebenso bei der Technik (Stichwort ViVA, Stichwort Digitalisierung, Stichwort nötige Finanzmittel für KI). Nicht anders sieht es bei den Räumlichkeiten aus. Es fehlen moderne Raumkonzepte für die Arbeit von Ermittlungskommissionen. Es fehlen aber auch eigene Arbeitsplätze für Kommissarwärterinnen und -anwärter. Das alles kostet Geld und Zeit. Wichtig ist: Es muss angegangen werden.

Das gilt ebenso für grundsätzliche Fragen. Die GdP will eine empirische Untersuchung zu Funktionen und Belastung bei der Kripo – ähnlich wie es in den 90er-Jahren ein Kienbaum-Gutachten zur damaligen Schutzpolizei gegeben hatte. Außerdem muss eine Aufgabenkritik her. Sind Taten mit geringem Unrechtsgehalt (z. B. Schwarzfahren) nicht eher als Ordnungs-





widrigkeit einzustufen? Das würde die Polizei entlasten. Außerdem könnten die Taten über das Ordnungsrecht in vielen Fällen schneller und dennoch spürbar geahndet werden. Beharrliche Wiederholungstaten könnten dann wieder mittels Strafrecht geahndet werden. „Die Kripo ist in einem Teufelskreis, den gilt es jetzt zu durchbrechen“, sagt Michael Maatz. Eine hohe Be-

lastung bei zu wenig Personal provoziere Ausfälle und verhindere, dass ausreichend neues Personal nachkommt – was dann die Belastung weiter erhöht... „Die Kripo braucht Verbesserungen, dringend“, mahnt der stellvertretende GdP-Vorsitzende. Das neue GdP-Papier weist den Weg. Ab Ende Januar steht es online auf der Homepage des Landesbezirks. ■



Unsere Kripo fährt „im roten Bereich“

Cyberkriminalität, die Bekämpfung von Missbrauch, Clans, Rockern und vieles mehr: Die Kolleginnen und Kollegen der Direktion K stellen sich immer neuen Herausforderungen. Sie leisten großartige Arbeit! Jahr für Jahr zeugt die Kriminalstatistik davon. Aber: Unsere Kripo fährt „im roten Bereich“. So wie bei einem Auto, das hohtourig unterwegs ist, geht das nicht lange gut. Die GdP hat immer wieder dar-

auf hingewiesen: Es fehlt an Personal und Perspektive. Die Aktenberge wachsen, der Frust auch.

So kann und darf es nicht weitergehen!

Das Problem ist nicht eine angeblich fehlende eigene Ausbildung für K. Das Problem ist auch nicht das obligatorische Jahr Wach- und Wechseldienst nach der Ausbildung. Das zeigen die von den GdP-Personalräten sehr pragmatisch gehandhabten Ausnahmen. Das Problem sind die Bedingungen bei K. Die Kripo muss neu aufgestellt werden, damit sie zukunftsfest ist! Das ist wichtig für

die Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten. Es ist auch wichtig für das Vertrauen der Bürger.

Die gute Nachricht ist: Bedingungen kann man ändern! Das neue GdP-Papier „Zukunft Kripo“ zeigt, wo Innenministerium und Politik ansetzen müssen. Personal und Organisation, Ausrüstung und Technik, Attraktivität und Werbung: Es gibt viel zu tun! Entscheidend ist, dass die Kolleginnen und Kollegen bei K Verbesserungen rasch spüren. Tatsächlich sind solche Verbesserungen möglich, auch wenn manche Dinge grundsätzlich angepackt werden müssen.

Ein gutes Beispiel ist der notwendige, aber immer noch zaghafte Abschied vom Deckelungsbeschluss. Gerade bei der Kripo hat er Fachkarrieren verbaut. Die Landesregierung muss daher jetzt nachlegen und viel mehr Stellen A 12 und A 13 schaffen und dafür zwingend auch das nötige Personalbudget zur Verfügung stellen. Die GdP wird bei allen Themen am Ball bleiben, versprochen. Gemeinsam bringen wir die Kripo nach vorn!

Michael Mertens,
GdP-Landesvorsitzender

GdP fordert Inflationsausgleich

Bereits Ende Oktober vergangenen Jahres haben Bundestag und Bundesrat beschlossen, dass die Arbeitgeber ihren Beschäftigten neben dem üblichen Gehalt bis zu 3 000 Euro als steuer- und abgabenfreie Prämie zahlen können, um so zumindest einen Teil der Inflationslasten auszugleichen, die seit dem Ukraine-Krieg auf die Beschäftigten zugekommen sind. Auch das Land NRW hat diesen Beschluss im Bundesrat mitgetragen. Ausgezahlt hat die Landesregierung den eigenen Beschäftigten die Prämie allerdings bislang noch nicht.

Für die GdP hat das etwas mit Doppelmoral zu tun: Was ich beschließe, muss ich auch umsetzen. Auch wenn es Geld kostet. Anfang Dezember hat die GdP deshalb

Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) in einem persönlichen Brief aufgefordert, die vom Land mitbeschlossene Inflationsausgleichsprämie endlich den eigenen Beschäftigten zugutekommen zu lassen.

Dass die Beschäftigten des Landes zum 1. Dezember eine Tarifierhöhung von 2,8 Prozent bekommen haben, ändert aus Sicht der GdP an dieser Verpflichtung nichts. Die Tarifierhöhung war bereits im November 2021 von den Tarifvertragsparteien vereinbart worden – damals noch unter dem Eindruck der Coronakrise. Angesichts der aktuellen Inflationsrate von fast 10 Prozent sei der Tarifabschluss „nur ein Tropfen auf dem heißen Stein“, heißt es in dem Schreiben des GdP-Landesvorsitzenden Michael Mertens

an Ministerpräsident Wüst. Auch viele Polizistinnen und Polizisten seien inzwischen in eine Notlage geraten, schreibt Mertens. „Die Energiekosten und die Preissteigerungen in allen Lebensbereichen sind nicht mehr alleine mit dem Verdienst zu bewältigen“, heißt es in dem Brief. Aus diesem Grund müsse die Landesregierung schnell die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Entlastungsprämie endlich ausbezahlt wird.

Die GdP fordert zudem, dass die Inflationsausgleichsprämie nicht nur den aktiven Beschäftigten des Landes zukommt, sondern auch den Rentnern und Pensionären, die früher für das Land tätig waren. Denn Armut macht vor Rente und Pension nicht halt! ■



Der Deckelungsbeschluss ist Geschichte! Wann kommen die Stellen?

2005 hat das Land die Zahl der Stellen, die bei der Polizei mit A 12 oder A 13 bewertet werden, künstlich auf dem damals erreichten Stand eingefroren. Das war der politische Preis, damit die zweigeteilte Laufbahn – die Abschaffung des mittleren Dienstes bei der NRW-Polizei – endgültig umgesetzt werden konnte.

Die Abschaffung des mittleren Dienstes ist ein historischer Erfolg, den es ohne die GdP nicht gegeben hätte. In anderen Bundesländern und bei der Bundespolizei werden die Polizistinnen und Polizisten schlechter bezahlt, weil dort noch immer ein Teil im mittleren Dienst eingruppiert ist. Trotzdem ist die GdP in den vergangenen beiden Jahrzehnten immer wieder gegen den Deckelungsbeschluss Sturm gelaufen, weil auch bei der Polizei höherwertige Tätigkeit höherwertig besoldet werden muss. Und weil es nicht sein kann, dass immer wieder Kolleginnen und Kollegen in eine andere Direktion wechseln müssen, weil sie sonst nicht befördert werden können. Das ist nicht

nur ungerecht, sondern schadet auch der Polizei, weil dabei oft über viele Jahre erworbenes Fachwissen verloren geht.

Jetzt hat auch die Politik diesen Fehler erkannt: Im Landeshaushalt für 2023 stehen für die Polizei 3 454 Stellen in A 12 und 1 778 Stellen in A 13 bereit. Wäre es nach der Landesobergrenzenverordnung – dem sogenannten Deckelungsbeschluss – gegangen, wären es nur 2 978 Stellen in A 12 und 1 506 Stellen in A 13. Diese Zahl war lange Zeit in Beton gegossen. Lediglich 2020 ist sie einmal nach oben korrigiert worden – um 300 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten nach A 12 sowie 150 zusätzliche Stellen in A 13. Auch wenn der absolute Zuwachs diesmal geringer ausfällt – es geht um 33 Stellen mehr in A 12 und um 16 Stellen mehr in A 13 –, hat das Land mit den zusätzlichen Stellen einen Paradigmenwechsel vollzogen: Denn das Haushaltsgesetz steht über der Verordnung. Damit ist der Deckelungsbeschluss faktisch aufgehoben, auch wenn das In-

nenministerium dessen Ende nicht offiziell verkündet hat.

Die GdP fordert, dass diese Entscheidung jetzt auch mit Leben gefüllt und die Stellen im Bereich A 12 und A 13 an den Bedarf angepasst werden. Damit Fach- und Führungskarrieren bei der Polizei wieder möglich werden. Auch mit den zusätzlichen Stellen sind bislang nur 14 Prozent der Polizistinnen und Polizisten in A 12 bzw. A 13 eingruppiert. Geht es nach der maßgeblichen Vorschrift im Besoldungsgesetz, kann deren Anteil auf 22 Prozent steigen. In anderen Bereichen der Landesverwaltung liegt der Anteil sogar noch höher. Bei der Finanzverwaltung sind es 32 Prozent.

Für die GdP ist deshalb klar: In den nächsten Jahren muss die Zahl der Stellen in A 12 und A 13 nach und nach deutlich ausgeweitet werden. Damit die zusätzlichen Aufstiegsmöglichkeiten nicht zulasten von A 11 gehen, muss das Land die dafür erforderlichen Mittel spätestens in den nächsten Haushalt einstellen. ■

Anschlag auf die Alte Synagoge: Verdacht auf Staatsterrorismus

Das Entsetzen war groß, als Ende vergangenen Jahres bekannt geworden ist, dass der Iran Urheber des Terroranschlags gewesen sein soll, bei dem ein Täter am 18. November mehrere Schüsse auf die Alte Synagoge in Essen abgegeben hat. Nach Erkenntnissen der Ermittlungsbehörden, über die das ARD-Magazin Kontraste als Erste berichtet hatte, soll der Deutsch-Iraner Ramin Y. im Fokus der Ermittlungen stehen. Gegen Ramin Y, der seit November 2021 im Iran leben soll, wird auch wegen einer möglichen Beteiligung an den Brandanschlägen auf die Synagogen in Bochum und in Dortmund ermittelt.

Ob sich der Verdacht erhärten lässt, müssen erst die weiteren Ermittlungen zeigen. Aber auch unabhängig davon war bereits vorher bekannt, dass die Zahl der antisemitischen Straftaten in NRW in der jüngsten Zeit stark gestiegen ist. Lag die Zahl aller der Polizei bekannt gewordenen antisemitischen Taten 2020 noch bei 276, waren es 2021 bereits 437 Taten. Das berichtet die Antisemitismusbeauftragte des Landes, die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheuser-Schnarrenberger.

Für die GdP sind die Angriffe auf jüdische Menschen und jüdische Einrichtungen ein Angriff auf uns alle. „Dass nach den grauenvollen Morden an Millio-

nen Juden während des Nationalsozialismus heute Menschen jüdischen Glaubens Deutschland wieder als ihre Heimat sehen und mitten unter uns leben, ist ein großes Glück. Die jüdischen Gemeinden sind Teil unserer Gesellschaft, sie bereichern unsere Kultur und unser Leben. Wir müssen alles tun, damit sie respektiert werden und in Sicherheit bei uns leben können“, sagte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens unmittelbar nach Bekanntwerden des Anschlags auf die Alte Synagoge. „Es ist nicht nur Aufgabe der Politik, sondern der gesamten Bevölkerung, dem wachsenden Antisemitismus entschieden entgegenzutreten“, betonte er. ■



Räumung von Lützerath steht bevor

Die Räumung der von Kohlegegnern besetzten Siedlung Lützerath an der Kante des Tagebaus Garzweiler beginnt wohl in Kürze. Die Vorbereitungen für den Polizeieinsatz waren bei Redaktionsschluss dieser DP-Ausgabe angelaufen. Es gibt ernste Sorgen, dass es ein ähnlich schwieriger Einsatz wie 2018 im Hambacher Forst werden könnte.

Immerhin: Wald wie Siedlung gelten als Symbolorte der Klimaschutzbewegung. Den Polizeieinsatz im Hambacher Forst, der als der bis dahin größte in die Geschichte Nordrhein-Westfalens eingegangen ist, hatte die GdP scharf kritisiert. In Lützerath gibt es einen entscheidenden Unterschied.

„Die rechtliche Lage ist hier eindeutig geklärt“, erklärt Landesvorsitzender Michael Mertens. Anders als 2018 im Hambacher Forst, als vor Beginn des Einsatzes noch eine Klage vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster offen war, haben die Richter im Fall von Lützerath schon abschließend entschieden.

Im März 2022 hatte das OVG den Weg für die endgültige Räumung freigemacht und klargestellt, dass der Energiekonzern RWE die Fläche zur Braunkohlegewinnung nutzen darf. „Beim anstehenden Polizeieinsatz geht es um die Durchsetzung von Recht – und nur darum“, betont Mertens.

Klar ist: Für die Kolleginnen und Kollegen wird es ein stark fordernder Einsatz, mitten im Winter. Tausende Kräfte aus dem ganzen Bundesgebiet werden über die mehrwöchige Einsatzdauer vor Ort sein. Baumhäuser in zehn, 15 Metern oder noch größerer Höhe müssen geräumt werden. Auch mit Verschanzungen in unterirdischen Tunneln muss gerechnet werden. Und die Tagebaukante ist gefährlich nah.

Die GdP hat deshalb früh und öffentlich darauf gedrungen, dass dieser Einsatz sehr

sorgsam vorbereitet wird. Das kostet Zeit – sechs bis acht Wochen, meinen Fachleute. Anders als beim Einsatz im Hambacher Forst scheint die Polizei hier diese Zeit bekommen zu haben. Die GdP wird die Räumung natürlich trotzdem sehr aufmerksam begleiten. „Wir sind für euch da“, heißt das an die Kolleginnen und Kollegen adressierte Motto.



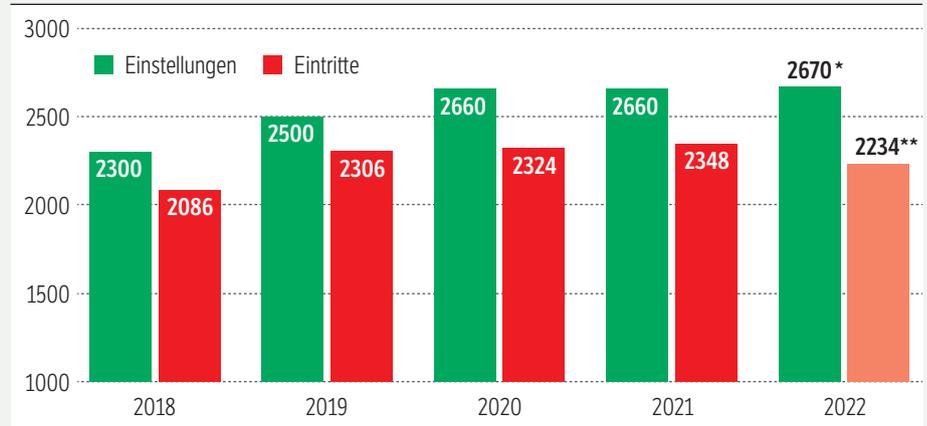
Michael Mertens betont: Protest gegen Energie aus Kohle sei in Zeiten des immer stärker erlebten Klimawandels legitim, die Besetzung von Lützerath aber das falsche Mittel. „Straftaten und Gewalt sind sowieso falsch“, so der GdP-Vorsitzende. Mertens appellierte an die Kohlegegner, in ihrem Protest maßvoll zu sein.

Ob bei ihnen oder bei den eingesetzten Polizeikräften: „Auf beiden Seiten stehen hier junge Menschen, die noch ihr ganzes Leben vor sich haben“, sagte der GdP-Vorsitzende. Das gelte es immer zu bedenken.

Mertens persönliche Meinung: „Ich verstehe nicht, warum die Klimabewegung das Dörfchen Lützerath so groß macht und ihre Erfolge so klein.“ Immerhin seien fünf weitere Dörfer gerettet und der Kohleausstieg auf 2030 vorgezogen worden. ■

Bei Anwärtern beliebt

Auch 2022 sind erneut fast 90 Prozent der jungen Menschen, die im September ihr Bachelor-Studium bei der Polizei begonnen haben, in die GdP eingetreten. Für die GdP sind die hohen Beitrittszahlen eine Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass der Berufseinstieg bei der Polizei von Anfang an gelingt. Mit einem breiten Betreuungs-, Beratungs- und Unterstützungsprogramm in ganz NRW.



* 2600 Kommissaranwärterinnen und -anwärter plus 70 Studierende mit einem Dienstvertrag, die nach dem Vorliegen der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen in ein Beamtenverhältnis auf Widerruf überführt werden sollen; ** Stand: 09.12.2022 Quelle: GdP



Verkehrsgerichtstag berät über Fahrräder und E-Scooter

Nach dem coronabedingten Ausweichen im vergangenen Jahr auf den August findet der Deutsche Verkehrsgerichtstag in Goslar diesmal wieder im Januar statt – vom 25. bis 27. Januar. Wie in der Vergangenheit werden wieder etliche Verkehrsexperten des Landesbezirks NRW daran teilnehmen, denn die vom Verkehrsgerichtstag erarbeiteten Empfehlungen sind auch für die Polizei interessant. Neben den Themen „Fahrzeugdaten“, „Halterhaftung bei Verkehrsverstößen“ und „Haftung beim autonomen Fahren“ gilt das vor allem für das Thema „Geltende und erforderliche Grenzen für E-Scooter, Fahrräder und Co.“

Bereits auf dem letzten Delegiertentag im Mai vergangenen Jahres hatte sich die GdP mit den Gefahren, die von den E-Scootern

ausgehen, auseinandergesetzt. In einem vom AK Verkehr initiierten Antrag „Sichere Verkehrswende“ hatte sie gefordert, dass bei der politisch gewollten Mobilitätswende die Verkehrssicherheit nicht vernachlässigt werden darf. Eine Aufgabe, die angesichts der wachsenden Fahrradmobilität immer drängender wird, denn nicht nur die Autofahrer, sondern auch viele Radfahrer halten sich oft nicht an die StVO. Regeln werden von ihnen allenfalls als Empfehlungen gesehen. Wie selbstverständlich werden im hohen Tempo Gehwege mit dem Pedelec genutzt. Licht, Erkennbarkeit oder gar Helm werden oft vergessen. Das Versicherungskennzeichen des S-Pedelecs wird abmontiert und verborgen, um sich von den gelten-

den Regelungen zu befreien. Ein Unrechtsbewusstsein gibt es dabei meistens nicht.

Neben den Verhaltensverstößen fallen zudem die Gefahren auf, die durch herumliegende Scooter (Roller) für andere Verkehrsteilnehmer entstehen. Insbesondere bei Dunkelheit.

Diese Beispiele zeigen exemplarisch, dass bei der Diskussion über den Mobilitätswandel die Verkehrssicherheit bislang nur eine untergeordnete Rolle spielt. Dabei sind ein Miteinander und eine gegenseitige Rücksichtnahme wichtiger denn je.

Die Frage, welche Regeln dafür notwendig sind und wie Verstöße sanktioniert werden sollen, steht im Mittelpunkt der Beratungen des Verkehrsgerichtstags. Dessen Empfehlungen werden anschließend oft von der Politik aufgegriffen. ■

Anzeige

WIR BILDEN AUS

Medienkaufmann/-frau Digital und Print (m/w/d)

Entscheide dich für eine Ausbildung im Medienbereich und werde Teil des VDP-Teams.

Wir bieten dir eine vielseitige Berufsausbildung mit IHK-Abschluss. In einem renommierten Fachverlag durchläufst du in zweieinhalb Jahren unterschiedliche und spannende Abteilungen. Beispielsweise lernst du das Arbeiten mit Manuskripten, das Gestalten von Büchern, den Umgang mit Finanzen und das Publizieren von Zeitschriften. Neben betriebsinternem und Berufsschulunterricht unterstützen wir dich beim Lernen mit langjähriger Erfahrung und Expertise.



Dein Ausbildungsteam

**Bewirb dich für das
Ausbildungsjahr 2023**

weitere Informationen findest du hier:



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
www.vdpolizei.de

Sende deine Bewerbung bitte an ausbildung@vdpolizei.de



Aktiv werden bei den Senioren in der GdP

Ärmel hochkrepeln, Verantwortung übernehmen, aktiv werden: Bei der GdP im Rhein-Erft-Kreis hat sich im August ganz neu eine Seniorengruppe gebildet. Landes seniorenvorsitzender Udo Linnenbrink sieht darin ein schönes Beispiel. Es soll im neuen Jahr ältere GdP-Mitglieder ermuntern, dort aktiv zu werden, wo es bislang noch keine solche Gruppe gibt. Denn: „Seniorenarbeit ist sehr wichtig für die Mitgliederbindung unserer GdP!“

Gut 9 000 Mitglieder über 60 Jahre zählt die GdP in Nordrhein-Westfalen mittlerweile. Damit gehört etwa jedes fünfte Mitglied zu den Senioren. In den Seniorengruppen vor Ort finden Ratsuchende praktische Hilfe, etwa wenn es um Beihilfe- oder Versorgungsfragen geht. Es wird über politische und gesellschaftliche Themen gesprochen, und die Geselligkeit kommt auch nicht zu kurz. Einen Überblick gibt der Seniorenkalender, der dieser DP-Ausgabe beiliegt.

Mit dem Tarifsabschluss und der Coronaprämie, welche die einzelnen Landesregierungen den Versorgungsempfängern vorenthalten haben, hatte das abgelaufene Jahr aus Seniorensicht schlecht begon-

nen. „Das darf sich nicht wiederholen“, mahnt der 65-jährige Linnenbrink, der selbst seit 48 Jahren GdP-Mitglied ist. Dass 2022 dann zumindest im weiteren Verlauf „noch ganz gut“ wurde, lag an vielen Begegnungen und den Aktivitäten vor Ort. Und bei der Entscheidung zur Energiepauschale zeigte die NRW-Landesregierung, wie es besser geht als bei der Coronaprämie: Die Pauschale wurde auch für Versorgungsempfänger gezahlt.

Beispielhaft für die Auseinandersetzung mit Themen auch jenseits der Arbeitswelt nennt Linnenbrink eine Veranstaltung der Senioren im BV Aus- und Fortbildung, bei der es Ende November um Hospizarbeit und Palliativmedizin ging. Über Sterben und Tod sprechen viele Menschen nicht gern, trotzdem geht es jeden an. „Auf der Veranstaltung gab es viele Informationen und prakti-



Sehr informativ: Die Senioren im BV Aus- und Fortbildung befassten sich im November mit den Themen Hospizarbeit und Palliativmedizin.

sche Hinweise“, so der Landesseniorenvorsitzende.

Linnenbrink freut sich aufs neue Jahr. Er wünscht „Gesundheit und weiterhin gute Zusammenarbeit auf allen Ebenen“. Ihm ist wichtig, dass „die Senioren als bedeutende Stütze der GdP insgesamt gesehen werden“. Aus dem Erwerbsleben ausscheidende Kolleginnen und Kollegen müssten frühzeitig auf die Seniorengruppen aufmerksam gemacht werden. Und dann, nach einem APS-Seminar, auch selbst Verantwortung übernehmen und aktiv werden. ■

DP – Deutsche Polizei

Nordrhein-Westfalen
ISSN 0170-6462

Geschäftsstelle

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

Redaktion

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Holger Dumke
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 3. Januar.

**Wir wünschen Ihnen
eine friedvolle Vorweihnachtszeit,
frohe Weihnachten
und ein glückliches und
gesundes neues Jahr 2023!**

**Wir freuen uns darauf, Sie auch im kommenden
Jahr bei Ihren Urlaubsplanungen unterstützen zu dürfen.
Ihr GdP-Reiseservice Team**



**GdP Reiseservice
0211/29101 - 60
www.gdp.reisen**

**penguin@gdp-reiseservice.de
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf**



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im Januar erhalten einen Douglas-Gutschein im Wert von 35 Euro.

45 12805, Bochum
45 98118, Euskirchen
45 14781, Siegburg

Eventkalender 2023: gemeinsam etwas Tolles erleben!

Wir leben in turbulenten Zeiten. Als Polizeifamilie enger zusammenzurücken und gemeinsam etwas Schönes zu unternehmen, ist da kein Fehler. Auch 2023 bietet die GdP deshalb ihren Mitgliedern, Familienangehörigen und Freunden wieder ein umfangreiches Eventprogramm. Zum Reden, Feiern und um füreinander dazu sein – oder einfach nur, um gemeinsam Spaß zu haben!

chen Sauerland gelegene Fort Fun Park begrüßen unserer Mitglieder auch in diesem Jahr mit sensationellen Rabatten!

Ganz nach dem Motto „nach der Weihnachtszeit ist vor der Weihnachtszeit“ laden wir unsere Mitglieder zudem bereits jetzt zu unserem GdP-Wintermärchen im Dezember im Berger Hof in Hattingen ein. Das gemütliche Beisammensein bei Kaffee und Kuchen und süßem Kakao wird wie auch in den vergangenen Jahren von unserem Nikolaus besucht. Kommt vorbei!

Den Eventkalender 2023 gibt's in gedruckter Form bei den Kreisgruppen vor Ort und zum Download unter: gdp-nrw.de. ■

Schon im Februar starten wir mit unserem landesweiten Fußballturnier, das besonders bei den Mitgliedern der Bereitschaftspolizei Kultcharakter besitzt! Auch in diesem Jahr werden voraussichtlich wieder mehr als 15 Mannschaften um den Titel kämpfen und bei Bratwurst und dem einen oder anderen Kaltgetränk fachsimpeln.

Im Sommer wird dann der große GdP-Familientag die ZOOM Erlebniswelt in Gelsenkirchen zum Beben bringen. In der mehrfach als bester Zoo Deutschlands ausgezeichneten ZOOM Erlebniswelt sind wir bereits zum fünften Mal in Folge zu Gast.

Im letzten Jahr waren über 800 große und kleine GdP-Anhänger unserer Einladung gefolgt. Eine Zahl, die wir 2023 sogar toppen können – auch wegen des Ende des vergangenen Jahres dort eingezogenen neuen Tigerweibchens.

Für alle Familien und vor allem für unsere jung gebliebenen Kolleginnen und Kollegen bieten sich die Sommermonate an, nicht nur ferne Länder zu erkunden, sondern auch Spaß und Erholung in heimischen Gefilden zu suchen. Unser schönes Ruhrgebiet mit seinem deutschlandweit bekannten Movie Park in Bottrop sowie dem mitten im herrli-



Foto: Zoo Erlebniswelt